

STADTVERTÄGLICHE NAVIGATION VON LKW IN DER METROPOLE RUHR



Ein gemeinsames Modellprojekt der Ruhrgebietskommunen
mit der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr und den IHK des Ruhrgebietes



Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



- Zur Versorgung von Industrie, Handel und Dienstleistungen ist LKW-Verkehr in den Stadtgebieten erforderlich
- Immer wieder geraten LKW-Fahrer in Tempo-30-Zonen, enge Straßen oder an zu niedrige Brücken
- Solche Fehlfahrten führen nicht nur zu einer erhöhten Umwelt- und Lärmbelastung, sondern sind auch ineffizient für LKW, Kommunen und Speditionen



Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



- Ende 2011 wurde auf Initiative der WMR gemeinsames Modellprojekt gestartet
- Für die LKW-Navigation relevante Informationen sollen erfasst und den Herstellern der Navigationsgeräte zur Verfügung gestellt werden
- Ziele:
 - den innerstädtischen Verkehr zu entlasten
 - Gewerbe- und Industriestandorte durch bessere Erreichbarkeit zu stärken
 - Umweltbelastungen zu reduzieren
 - die Verkehrssicherheit zu verbessern



Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



-  Unterzeichner Projektvereinbarung 2012
-  Zusage Mitarbeit 2011 – Vereinbarung steht noch aus
-  Keine Rückmeldung oder Absage



Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



Was sind die Aufgaben der Stadt Kamen

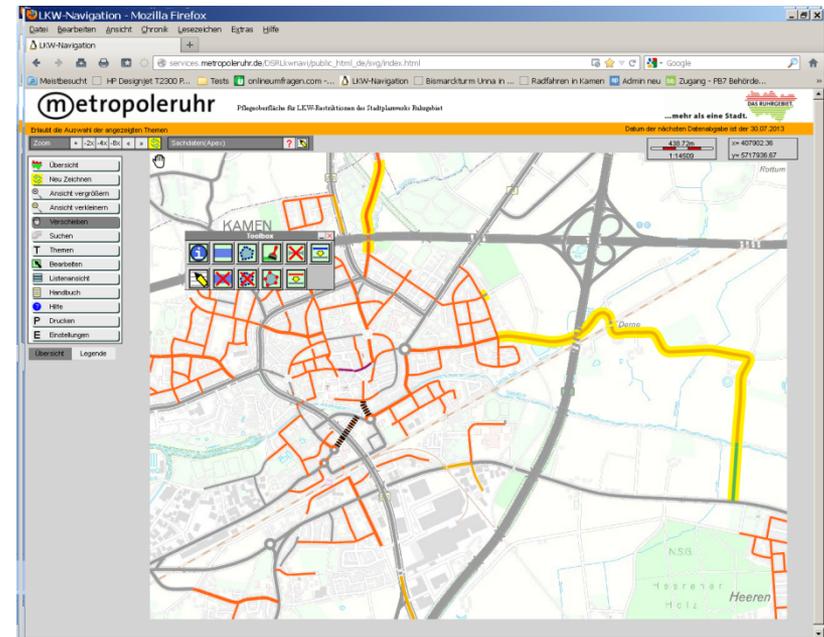
1. Identifikation von Restriktionen für LKW im Straßennetz
2. Auswahl von Vorrangrouten
3. Abstimmung der Vorrangrouten mit Nachbarkommunen
4. Eingabe der Daten in ein webbasiertes System

Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



Erfassung der Restriktionen

- Tempo-Zonen/Geschwindigkeitsbegrenzungen wurden bereits erfasst
- Flächendeckende Erfassung aller Restriktionen über Online Tool
- Auffinden der Restriktionen über Straßenbefahrung



Stadtverträgliche Navigation von LKW in der Metropole Ruhr



Was bleibt zu tun

Erfassung der Restriktionen bis Januar 2013
(übrige Kommunen Juni 2013)

Vorschlag von Vorrangrouten für die jeweiligen
Stadtgebiete und Abstimmung mit den kommunalen
Nachbarn bis Juni 2013